

Willkommen in Berlin, der Hauptstadt zionistischer Unterdrückung

Jürgen Mackert, middleeasteye.net, 06.05.25

Während Israels weltweite Isolation zunimmt, vertieft Berlin seine Allianz mit Tel Aviv – Kriminalisierung Andersdenkender, Belohnung von Lobbygruppen und Aushöhlung von Rechten im Namen der Bekämpfung des Antisemitismus

Am 28. März verkündete die zionistische deutsch-jüdische Wochenzeitung *Jüdische Allgemeine Zeitung* freudig, dass Tel Aviv die neueste Partnerstadt Berlins wird, und alle Fraktionen des Berliner Abgeordnetenhauses stimmten dieser Entscheidung zu.

Während die eine Seite Völkermord begeht, unterstützt, fördert und finanziert die andere Seite diesen; während die eine Seite ethnische Säuberungen durchführt, tut die andere so, als wüsste sie nichts davon; während die eine Seite absichtlich Kinder, Journalisten und medizinisches Personal ins Visier nimmt, schaut die andere weg und redet von Menschenrechten; während die eine Seite ein Volk verhungern lässt, zuckt die andere nur mit den Schultern.

Wenige Tage später erklärte *Der Tagesspiegel*, eine der so genannten Qualitätszeitungen Berlins, dass „die beiden Metropolen viel gemeinsam haben“.

Was für eine abgrundtiefe Schande: Die Vertreter:innen der selbsternannten Parteien der „Mitte“ im Berliner Abgeordnetenhaus – Christdemokraten, Sozialdemokraten – haben gemeinsam mit der „Linken“ und der faschistischen Alternative für Deutschland (AfD) beschlossen, noch näher an die Völkermörder in Tel Aviv heranzurücken und das, obwohl sich große Teile der Welt allmählich von diesem Regime distanzieren.

Eine Partnerstadt zu wählen ist weit mehr als ein symbolischer Akt, vor allem wenn diese Stadt die Hauptstadt eines Staates ist, der von Kriegsverbrechern regiert wird, die für einen andauernden Völkermord verantwortlich sind. Eine solche Entscheidung spiegelt die gemeinsamen Interessen und Werte wider, die die Städte und ihre Bevölkerungen angeblich miteinander verbinden.

Diese Partnerschaft ist bemerkenswert: Während die eine Seite Völkermord begeht, unterstützt, fördert und finanziert die andere Seite diesen; während die eine Seite ethnische Säuberungen durchführt, tut die andere so, als wüsste sie nichts davon; während die eine Seite absichtlich Kinder, Journalisten und medizinisches Personal ins Visier nimmt, schaut die andere weg und redet von Menschenrechten; während die eine Seite ein Volk verhungern lässt, zuckt die andere nur mit

den Schultern. Gemeinsam ist ihnen die Missachtung des Völkerrechts und der Autorität des Internationalen Strafgerichtshofs. Diese Liste ist bei weitem nicht vollständig, aber sie ist bereits eine der abstoßendsten, die man sich vorstellen kann. Berlin und Tel Aviv haben, wie die deutsche Presse zu Recht feststellt, in der Tat viele Gemeinsamkeiten.

Geschichtsvergessenheit

Die Entscheidung der Berliner Abgeordneten sendet eine klare Botschaft an die Welt, wofür die deutsche Hauptstadt heute steht – und ist ein beispielloser Akt der Geschichtsvergessenheit. Die Regierung einer Stadt, die vor Jahrzehnten belagert wurde und deren kollektives Gedächtnis immer noch auf diese Erfahrung zurückgreift, hat nun die Seiten gewechselt.

Berlin verbündet sich mit der Hauptstadt eines Landes, das nicht nur seit 17 Jahren den Gazastreifen belagert, das größte Gefängnis der Welt errichtet und die Palästinenser „auf Diät“ gesetzt hat, sondern auch seit mehr als 18 Monaten einen Völkermord begeht – eine Kampagne, die von den Menschen in Tel Aviv voll unterstützt wird.

Wenn die Erfahrung der Belagerung wirklich so bedeutsam und prägend für Berlin wäre, wie seine Politiker so oft und mit großer Feierlichkeit behaupten, dann hätte es nur eine natürliche und passende Partnerstadt gegeben: Gaza-Stadt.

Im Gegensatz zu Gaza fand Berlin jedoch Hilfe, als es nach dem Zweiten Weltkrieg belagert wurde. Westliche Länder schickten „Rosinenbomber“ und versorgten die eingeschlossene Enklave mit Lebensmitteln, und sie wurden von der Sowjetunion nicht daran gehindert – ganz im Gegensatz zur kriminellen Aushungerung der Zivilbevölkerung des Gazastreifens durch das Siedlerkolonialregime in Tel Aviv.

Um ihrer historischen Erfahrung und Verantwortung gerecht zu werden, hätten die Vertreter Berlins am 8. Oktober 2023 „Rosinenbomber“ nach Gaza schicken sollen, statt sich zu Komplizen eines Völkermords zu machen. Sie hätten keinen einzigen Gedanken daran verschwenden dürfen, sich mit der Täterhauptstadt zu verbünden.

Der zionistische Einfluss

Die Wahl Berlins unterstreicht, wie sehr deutsche Politiker in den letzten Jahren der zionistischen Lobby erlaubt haben, die politische Agenda der Stadt zu gestalten. In einer mit der Rechtsstaatlichkeit unvereinbaren Weise genügt nun der Verdacht, dass eine Veranstaltung oder eine Äußerung nach der zionistisch geprägten IHRA-Definition als antisemitisch gelten könnte, um den staatlichen Repressionsapparat in Gang zu setzen.

Von Verleumdungskampagnen und Polizeirazzien bis hin zur strafrechtlichen Verfolgung von Aktivistinnen und der Kriminalisierung der humanitären Solidarität wird jede Demonstration für die

Rechte der Palästinenser:innen von der militarisierten Berliner Bereitschaftspolizei brutal unterdrückt. Die zionistische Lobby versucht nicht, wie in anderen Ländern, die Ursachen des Antisemitismus zu bekämpfen. Stattdessen instrumentalisiert sie den Vorwurf, um den deutschen Staat unter Druck zu setzen, antizionistische Äußerungen zu bestrafen.

Nach ihrem Wahlsieg haben die Christlich Demokratische Union (CDU) und ihre bayerische Schwesterpartei, die Christlich Soziale Union (CSU), eine „Kleine Anfrage“ an die Bundesregierung mit dem Titel „Politische Neutralität staatlich geförderter Organisationen“ eingereicht. Sie bestand aus über 500 Fragen, die sich an Organisationen der Zivilgesellschaft richteten, die dem israelischen Völkermord kritisch gegenüberstehen, mit dem Ziel, ihnen die Finanzierung und den Status der Gemeinnützigkeit zu entziehen, wenn sie sich nicht an das halten, was die Christdemokraten als „politische Neutralität“ definieren.

Es überrascht nicht, dass die christlichen Parteien keine einzige zionistische Lobbyorganisation in ihre Interpellation aufgenommen haben, obwohl diese Gruppen alles andere als „politisch neutral“ sind.

Im Gegenteil, sie arbeiten als Propagandawaffen für die zionistische Sache und Israels Völkermord am palästinensischen Volk in einer Weise, die demokratischen Prinzipien und der Verteidigung universalistischer Ideale offen feindlich gegenübersteht.

Doch vielleicht noch aufschlussreicher ist die Tatsache, dass die Steuergelder für eine der zionistischen Lobbygruppen vor zwei Jahren fast verdoppelt wurden und nun einen jährlichen Gesamtbeitrag von 23 Millionen Euro (25 Millionen Dollar) erreichen. Eine weitere offen zionistische Organisation* wird ebenfalls vom Innenministerium finanziell unterstützt – obwohl auch hier gilt, dass eine Organisation, die offen eine rassistische Ideologie vertritt und verteidigt, kaum als „politisch neutral“ gelten kann. Worin genau besteht also der öffentliche Nutzen?

Staatliche Unterdrückung

Am 19. Februar 2025 setzte der Berliner Bürgermeister Kai Wegner (CDU) den Präsidenten der Freien Universität (FU), Gunter M. Ziegler, im Auftrag der zionistischen Lobby bewusst unter Druck, eine Veranstaltung mit Francesca Albanese, der Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für die besetzten palästinensischen Gebiete, abzusagen.

Wie *Forschung & Lehre* berichtet, war es nicht nur der Bürgermeister, der Druck auf den Universitätspräsidenten ausübte. Zwei zionistische Gruppen – die alles andere als „politisch neutral“ sind – waren ebenfalls beteiligt. Ziegler beugte sich schließlich diesem unzulässigen Eingriff in die Autonomie der Universität und sagte die Veranstaltung ab.

Am 4. April startete die rechtsgerichtete Zeitung *Die Welt* eine weitere Hetzkampagne gegen Albanese und griff dabei die offizielle israelische Propaganda im Vorfeld einer UN-Abstimmung über ihre Wiederernennung auf.

Die Zeitung zitierte deutsche Politiker, darunter Jürgen Hardt von der CDU – ein überzeugter Verfechter des Zionismus –, die die Lügen des israelischen Militärs mit schamloser Missachtung von Wahrheit und Anstand nachplappern. Als ob das nicht genug wäre, überschritt Berlin am 1. April mit einer Trump-ähnlichen Maßnahme eine neue Schwelle: Es kündigte die Abschiebung von drei EU-Bürgern und einem US-Bürger an, nur weil sie an Pro-Gaza-Demonstrationen teilgenommen hatten.

Diese Personen hatten keine Straftat begangen. Aber in Berlin ist das Recht auf freie Meinungsäußerung bereits zu viel, um es zu tolerieren, insbesondere wenn es zur Verteidigung der Rechte der Palästinenser:innen genutzt wird. Dies ist eine unmissverständliche Warnung: Jeder, der Gerechtigkeit für die Palästinenser fordert, wird zur Zielscheibe staatlicher Repressionen.

Wenn es den Gerichten nicht gelingt, diesen Abstieg in den Autoritarismus zu stoppen, könnten deutsche Staatsbürger:innen bald ins Gefängnis kommen, wenn sie israelische Kriegsverbrechen kritisieren, während Nicht-Staatsbürger einfach abgeschoben werden. Sie werden nicht für Gewalt oder Aufwiegelung bestraft, sondern dafür, dass sie in den Augen des politischen Establishments die falschen Leute verteidigt haben.

Institutionelle Übergriffe

Nachdem die deutschen Parlamentarier 2017 einstimmig die IHRA-Definition von Antisemitismus angenommen hatten, wurden die tatsächlichen Folgen dieses Schrittes für die deutsche Demokratie angesichts des anhaltenden zionistischen Völkermords am palästinensischen Volk deutlich. Zwei entscheidende Beschlüsse, die im November 2024 und Januar 2025 gefasst wurden, veränderten die deutsche Gesellschaft dramatisch und ebneten den Weg für einen noch größeren zionistischen Einfluss. Der erste von Zionisten geführte Angriff auf die deutsche Demokratie erfolgte im November mit der Verabschiedung der Resolution „Nie wieder ist jetzt: Jüdisches Leben in Deutschland schützen, bewahren und stärken“.

Seine Verabschiedung ermöglicht es der deutschen Regierung, prinzipiell in das gesellschaftliche Leben einzugreifen – jeden, ob jüdisch oder nicht, als Antisemiten zu diffamieren und diejenigen zu bestrafen, die ihre Stimme gegen das zionistische Siedler-Kolonial-Apartheid-Regime und seine Kriegsverbrechen erheben.

Der zweite Angriff folgte am 28. Januar mit der Resolution „Antisemitismus und Israelfeindlichkeit in Schulen und Universitäten“. Sie wurde eilig und von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt nach dem Ende der Regierung und während des Wahlkampfes verabschiedet.

Die Entschließung stellt einen dreisten Angriff auf die Autonomie der Universitäten und die Freiheit von Forschung und Lehre dar. Unter dem Deckmantel der Besorgnis über einen angeblichen Anstieg des Antisemitismus an Schulen und Universitäten wird der Vorwurf als Waffe eingesetzt, um kritische Akademiker:innen und Student:innen zum Schweigen zu bringen.

Auf einer Bundespressekonferenz nach der Verabschiedung der Resolution äußerten deutsche Professoren ihre Empörung darüber, dass die Resolution ohne die übliche Konsultation von Antisemitismusexperten oder akademischen Gremien verfasst wurde. Sie kritisierten auch, dass die Verfasser die Einwände der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) ignoriert hätten, die bereits im Herbst 2024 einen ähnlichen Vorschlag wegen rechtlicher Bedenken abgelehnt hatte. Es sei nicht einmal klar, wer die Resolution verfasst habe, so ein Professor.

Vermutlich ist es jedoch nicht schwer, die treibende Kraft zu identifizieren. Angesichts der explizit zionistischen Agenda der Resolution – der Bedrohung von Studenten und Akademikern, die sich gegen das Regime und seinen Völkermord stellen – muss man sich nur die aktuellen und ehemaligen Parlamentarier ansehen, die hinter der Resolution stehen.

Volker Beck, ein ehemaliger Abgeordneter der Grünen, ist Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft. Mathias Stein, ehemaliger Bundestagsabgeordneter der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und Mitglied der Fraktion, die die Resolution eingebracht hat, ist einer ihrer Vizepräsidenten. Weitere aktuelle und ehemalige Bundestagsabgeordnete, darunter Marcus Faber (FDP), Lisa Badum (Grüne) und Jürgen Hardt (CDU/CSU), fungieren ebenfalls als Vizepräsidenten der Deutsch-Israelischen Gesellschaft.

Es ist kaum verwunderlich, dass akademischer Sachverstand und historische Genauigkeit bei der Ausarbeitung dieser Entschließung keine Rolle spielten. Die deutschen Parlamentarier haben sich entweder als unfähig oder unwillig erwiesen, die wahre Absicht dieser Resolution zu erkennen. Anstatt die demokratischen Rechte zu verteidigen oder sich gegen die zionistischen Übergriffe zu wehren, sind sie zu willigen Komplizen der umfassenden „Landnahme“ geworden – einer Landnahme, die Deutschlands Institutionen und die Demokratie selbst demontiert.

Neuer Faschismus

Einst als „arm, aber sexy“ gepriesen, zog Berlin junge Menschen aus aller Welt an, aber auch die globale kulturelle Elite und einflussreiche Wissenschaftler. Diese Ära ist vorbei. Heute hat sich Berlin der demokratiezerstörenden Instrumentalisierung des Antisemitismus zugewandt und legt die Axt an die Freiheit der Meinung, des Denkens, der Forschung und der Lehre. Das Recht, Israel als das zu kritisieren, was es ist – eine völkermordende, weiße, rassistische Siedlerkolonie, die in der Westbank ethnische Säuberungen durchführt, Palästinenser:innen die die israelische Staatsbürgerschaft haben bedroht und die Zivilbevölkerung in der gesamten Region gefährdet – wird aktiv angegriffen.

Durch seine Partnerschaft mit Tel Aviv wird Berlin zu einem sicheren Hafen für zionistische Suprematisten und Rassisten, für israelische Soldaten, die in Gaza Kriegsverbrechen begangen haben, und für gesuchte Vertreter der israelischen Regierung – alles unter dem Vorwand, jüdisches Leben zu schützen.

Anstatt das Völkerrecht zu achten und die bürgerlichen Freiheiten zu verteidigen, ebnet die so genannte „demokratische Mitte“ Berlins den Weg für einen neuen Faschismus.

Willkommen in Berlin, der Hauptstadt zionistischer Unterdrückung.

Die in diesem Artikel geäußerten Ansichten sind die des Autors und spiegeln nicht unbedingt die redaktionelle Politik von Middle East Eye wider.

Jurgen Mackert ist Professor für Soziologie an der Universität Potsdam, Deutschland. Er war zeitweise Professor für die Struktur moderner Gesellschaften an der Universität Erfurt und Gastprofessor für Politische Soziologie an der Humboldt-Universität Berlin. Zu seinen jüngsten Büchern gehören On Social Closure. Theorizing Exclusion, Exploitation, and Elimination (Oxford University Press 2024). Siedlerkolonialismus. Grundlagentexte und aktuelle Analysen (herausgegeben mit Ilan Pappé; Nomos 2024)

* <https://reclaim-zionism.de/>

(Im Originalartikel gibt es weitere Links)

Quelle:

<https://www.middleeasteye.net/opinion/welcome-berlin-germany-capital-zionist-repression>

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de